

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda befähigter bestimmte Blatt



Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1621. Gemeindeverbandsgroßkassa Bischofswerda Konto Nr. 64

Ercheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmöndlich Mark 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Veranstaltung: Fernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Besorgerleistungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einpaltige Millimeterzeile 10 Pfg., drückliche Anzeigen 8 Pfg. Im Letztteil die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 111

Mittwoch, den 13. Mai 1931.

86. Jahrgang

Tageschau.

Das Luftschiff „Draht Zeppele“ startete Dienstag abend 11,15 Uhr zu einer Landungsfahrt nach Berlin, wo es Mittwoch früh gegen 6 Uhr eintraf. Nach einer Schleisfahrt über die Reichshauptstadt erfolgte um 7 Uhr die Landung im Luftschiffhafen in Staaken.

Der amerikanische Rekordflieger Frank M. Hawks, der Dienstag um 12 Uhr in London startete, ist nachmittags um 2,55 Uhr, also nach noch drei Stunden auf dem Tempelhofer Flugplatz glücklich gelandet. Hawks hat damit eine beispiellose Leistung vollbracht, indem er bei rund 1000 Kilometer lange Luftstrecke mit 330 Kilometer Stundengeschwindigkeit zurücklegte.

Am Mittwoch kam es auch in den spanischen Provinzstädten zu schweren Ausschreitungen. Eine Reihe von Klöstern und bischöflichen Palästen ist niedergebrannt worden. Auch in den Provinzen Malaga, Alicante und Sevilla ist der Kriegszustand verhängt worden.

Auf der Station Metiz in der Nähe von Rio de Janeiro stießen zwei Expresszüge zusammen. Soweit bisher festgestellt, wurden 12 Personen getötet und 35 verletzt.

7) Ausführliches an anderer Stelle.

Die Genfer Mailtagung.

Berlin, 13. Mai. (Eigener Dienst.)

Wir stehen am Vorabend einer Genfer Tagung, deren politische Bedeutung über den Rahmen dessen hinausreicht, was sonst im Völkerbundsrat verhandelt wird. Bevor der Völkerbundsrat seine Arbeiten aufnimmt, tagt unter Briand's Vorsitz (auch wenn dieser inzwischen zum Präsidenten der französischen Republik ausgerufen sein sollte) der Europaausschuss, bei dessen Einberufung es schon einige schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten wegen der Einladung an Rußland und die Türkei gegeben hat. Wenn schon diese Tagung im Zeichen des Kampfes um die deutsch-österreichische Zollunion stehen wird, so wird dies natürlich in noch stärkerem Maße bei der Tagung des Völkerbundsrates der Fall sein.

Man weiß noch nicht recht, welche Latit Frankreich in Genf einschlagen wird. Direkte plumpe Drohungen gegen Deutschland und Oesterreich auszusprechen, liegt für Frankreich solange kein Anlaß vor, als es die Hoffnung haben darf, mit den bekannten Mitteln der Völkerbunddiplomatie, in erster Linie dem der Verschleppung, die Lage zu seinen Gunsten zu wenden. Der englische Antrag, die Rechtsgültigkeit der deutsch-österreichischen Zollunion in Genf nachzuprüfen, indem untersucht wird, ob der geplante Vertrag mit dem Genfer Protokoll des Jahres 1922 in Einklang zu bringen ist, bietet für Frankreich offenbar die Hoffnung, den effektiven Abschluß der Zollunion auf die lange Bank zu schieben. Denn wenn erst einmal erreicht ist, daß die internationale Jurisprudenz sich dieser Angelegenheit mit ihrer bekannten Gründlichkeit annimmt, dann besteht für Frankreich keine Gefahr mehr. Ist die Frage erst einmal dem Haager Schiedsgericht überwiesen und hat man außerdem durchgesehen, daß Deutschland und Oesterreich bis zu seinem Spruch keine endgültigen Tatsachen schaffen, dann haben die politischen Gegner der Zollunion an der Seine und an der Moldau die Oberhand.

Glücklicherweise hat es Deutschland in der Hand, eine solche gefährliche Wendung zu verhindern. Denn die Einwendungen, die England erhoben hat, beziehen sich nicht auf Deutschland, sondern nur auf Oesterreich. Infolgedessen wird Deutschland bei der Beschlussfassung dieser Beschwerte im Völkerbundsrat voll berechtigt mitwirken. Eine Vergewaltigung des deutschen Standpunktes kann aber aus juristischen Gründen deshalb nicht erfolgen, weil Beschlüsse im Völkerbundsrat bekanntlich einstimmig gefaßt werden müssen. Wenn Deutschland sich also nicht durch den Druck der anderen Mächte dazu bewegen läßt, im Völkerbundsrat die deutsch-österreichische Zollunionsfrage auf das tote Gleis einer endlosen Unterforschung durch die internationalen Juristen schieben zu lassen, dann kann von dieser Seite her keine Gefahr drohen.

Überdies besteht die Möglichkeit, daß es dieserhalb in Genf zu heftigen Konflikten kommt. Hier gibt es für Deutschland aber nur einen Weg, nämlich den, das einmal ins Auge gefaßte Ziel unbeirrt weiterzupursuchen. Ein Nachgeben gegenüber französisch-österreichischen Drohungen würde für die Regierung Brünning einen solchen Prestigeverlust bedeuten, daß sie diesen Schlag kaum verwinden könnte. Schließlich ist eine politische Aktion dieses Ausmaßes auch nicht eine Angelegenheit, über die man nach wenigen Wochen, angesichts etwa auftretender Widerstände abschlüssend zur Tagesord-

nung übergehen könnte. Entweder handelt es sich hier um eine unverzichtbare national- und wirtschaftspolitische Notwendigkeit, — dann gibt es kein Zurück, oder aber man hätte die Finger davon lassen sollen, da die Widerstände Frankreichs und seiner Verbündeten ja schließlich für keinen politischen Denkenden eine Ueberraschung bedeuten.

Es ist merkwürdig, wie sich im Laufe von wenigen Monaten die politischen Kräfte verschoben. Noch im Januar beherrschte in Genf die deutsche Minderheitenbeschwerde gegen Polen völlig das Feld. Der Rat hat damals seine Beschlussfassung vertagt, weil er der polnischen Regierung Gelegenheit zur Erstattung eines Berichtes geben wollte. Polen sollte bis zum Mai den Nachweis liefern, daß die auch vom Völkerbundsrat gegebene Minderheitenbeschwerden seien und daß eine Gewähr für die gerechte Behandlung der Minderheiten in Zukunft gegeben werde. Der Rärm, der um die deutsch-österreichische Zollunion veranstaltet wurde und der nicht zuletzt von Polen verstärkt worden ist, hat unserem öffentlichen Nachbar die Gelegenheit gegeben, sich etwas von dem Interesse der Weltöffentlichkeit abzusehen. Die Polen werden in Genf diesmal in der Rolle der Biedermänner auftreten, die so tun, als sei eigentlich gar nichts gewesen. Unsere kurzlebige Zeit kommt ja bekanntlich sehr leicht auch über schwerwiegende Fragen hinweg, und die von den Polen bis aufs Blut gequälten Ukrainer haben noch nicht einmal durchsehen können, daß ihre Beschwerden im Rat überhaupt zur Behandlung gelangen, obgleich seit der Vorbereitungszeit für die polnischen Wahlen leht schon fast ein Jahr vergangen ist. Es trifft sich glücklich, daß diesmal Reichsaußenminister Dr. Curtius in Genf präsidiert. An ihm wird es sein zu verhindern, daß die Beschwerden gegen die polnische Gewaltpolitik stillschweigend in der Vertikung verschwinden.

Die Tagung des Völkerbundsrates verdient diesmal ein besonderes politisches Interesse, weil wir uns allmählich dem Zeitpunkt nähern, der über Sein oder Nichtsein des Völkerbundes entscheiden muß. Bisher hat der Völkerbund seine Tradition, eine Organisation der Siegermächte zu sein, getreulich befolgt. Deutschland hat sich nur allzusehr in die Abhängigkeit dieser Staaten drängen lassen, immer in der stets betrogenen Hoffnung, daß es auf diesem Wege für die Wiedergewinnung seiner politischen und wirtschaftlichen Freiheit nützlich erreichen könne. Der Völkerbund hat sowohl in den Wirtschaftsfragen, wie im Minderheitenschutz, wie auch beim Abrüstungsproblem völlig versagt. Die deutsch-österreichische Zollunion ist der erste Schritt der Selbsthilfe gegenüber dieser Politik der Konferenzen, deren äußerer Umfang stets im umgekehrten Verhältnis zu ihren sachlichen Ergebnissen gestanden hat. Die Minderheiten haben längst verloren, in Genf den Hort ihrer Rechte zu sehen, und in der Abrüstungsfrage hat der Völkerbund bisher alles getan, um auch nur den geringsten Erfolg zu verbuchen. Wenn jetzt Deutschland und Oesterreich aus wirtschaftspolitischen Gebiet — immer im Rahmen des Völkerbundes — eigene Wege gehen müssen, dann wird daselbe der Fall sein, falls die vom Völkerbund einberufene Abrüstungskonferenz im nächsten Jahre so verläuft, wie es alle übrigen Konferenzen auf diesem und anderen Gebieten bisher getan haben.

Mit Briand'scher Friedensrhetorik allein läßt sich der Völkerbund auf die Dauer nicht zusammenhalten. Wenn er aber einmal auseinanderbrechen sollte, dann geschieht dies, weil die Siegerstaaten des Weltkrieges ihn noch zwölf Jahre nach „Friedensschluß“ immer nur zur Aufrechterhaltung ihrer Vorherrschaft mißbrauchen wollen.

Reitgeier gegen Zollunion.

Die „Reitgeier-Bank“ in Wien ist zusammengebrochen. Das heißt: das Haus Reitgeier ist beiseite nicht mehr, es wird nur 30 Millionen Schilling hergeben, um die Bank, die zuletzt das größte Finanzinstitut Oesterreichs war, zu sanieren. 30 Millionen Schilling werden auch noch von anderer Seite aufgebracht, und die österreichische Regierung gibt 100 Millionen Schatzwechsel aus, um die 160 Millionen, die zur Sanierung nötig sind, aufzubringen. Aber mit der Ausgabe von Schatzwechseln ist es eine eigenartige Sache. Es ist mit einer solchen Aktion nämlich nicht getan, und es muß Brute geben, die diese Wechsel aufnehmen, für sie bares Geld geben.

Herr Quesnay von der Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel, ist „jubilant“ in Wien und verhandelt mit der Regierung darüber, wie man diese 100 Millionen unterbringen könnte, die in Oesterreich nun einmal nicht untergebracht werden können. Außerdem war Oesterreich drauf und dran, die zweite Tranche seiner Investitionsanleihe auszugeben. Jetzt kommt der Krach der Reitgeier-Bank dazwischen. Die Situation ist äußerst schwer, ist äußerst gefährlich, ist mindestens ebenso gefährlich wie vor Jahren beim Zusammenbruch der Wiener Postsparkasse und der Bodenkreditanstalt. Oesterreichische Kreditinstitute

großen Ausmaßes (sich heute die Existenzberechtigung verloren zu haben, sind wohl nichts weiter als ein Spielball in den Händen der internationalen Hochfinanz.

Der Zusammenbruch der Kreditanstalt kam überraschend. Man hätte sich ruhig vorstellen können, daß man diesen Zusammenbruch noch ein wenig aufgeschoben hätte. Ist es wirklich nur ein Zufall, daß Herr Quesnay in Wien ist, ist der Krach der Reitgeier-Bank auch auf nichts weiter als auf einen „Zufall“ zurückzuführen? Man hat vor kurzem erst beschlossen, jenen ominösen Kontrollauschuss einzuberufen, der seinerzeit eingesetzt worden ist, um die pünktliche Rückzahlung der Völkerbundsanleihe für Oesterreich zu überwachen. Man hat diesen Ausschuss neuerlich einberufen, zunächst ohne triftigen Grund, nur, um Oesterreich Schwierigkeiten zu bereiten im Hinblick auf ein zollpolitisches Zusammengehen mit dem Deutschen Reich. Jetzt hat man einen Grund gefunden: Die Auslegung der zweiten Tranche der Investitionsanleihe, sowie die Sanierung der zusammengebrochenen Kreditanstalt. Jetzt hat man endlich die Gründe, die man brauchte. Ist das alles wirklich nur Zufall? Steht hier nicht irgendwie doch so etwas wie Konstruktion? Man hat den Reitgeier mobil gemacht, um mit ihm gegen die Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich anzukämpfen. Die Gegenseite hat sich einen scheidenden Trumpf geschaffen, um ihn gegen Oesterreich und Deutschland auszuspielen. Es fragt sich nur, ob Oesterreich und Deutschland willens sind, auf diesen Trumpf, auf diesen Trick, hereinzufallen. Diese Karte mit dem Reitgeier ist in einem auch nur halbwegs ehrlichen Diplomatenpiel abzulesen. Das ist die Moral von der Geschicht und gleichzeitig die logische Konsequenz aus ihr.

Brände und Ausschreitungen in ganz Spanien.

Madrid, 12. Mai. Die Stadt hat heute ihr normales Aussehen. Die Arbeit ist überall wieder aufgenommen worden. An den strategischen Punkten steht noch Militär in Bereitschaft; es ist aber bisher alles ruhig geblieben. Wie El Sol meldet, haben die Madrider Ereignisse in mehreren Provinzhauptstädten Widerhall gefunden. In Alicante sind das Jesuitenhaus, mehrere Klöster und die Redaktionen der katholischen Blätter in Brand gesteckt worden. In Sevilla hatte das Haus der Jesuiten das gleiche Schicksal. In Saragossa verbrannte die Menge, am erzbischoflichen Palast Feuer anzulegen. Der dadurch verursachte Schaden ist ziemlich groß. In Malaga wurden der bischöfliche Palast, das Jesuitenhaus, ein Nonnenkloster und das Augustinus-Kolegium durch Brandstiftung zerstört. In Cadix hat die Menge versucht, das Kartäuserkloster in Brand zu stecken und andere Ausschreitungen begangen. Dort wurde das Standrecht verhängt.

Auch in den Provinzen Malaga, Alicante und Sevilla ist der Kriegszustand erklärt worden. In Saragossa hat die Polizei die Ordnung wiederhergestellt, ohne daß der Kriegszustand erklärt worden ist.

Tumulte in Sevilla.

Sevilla, 12. Mai. In Sevilla kam es heute früh zu Unruhen ähnlich denen in Madrid. Bereits in den frühen Morgenstunden bildeten sich zahlreiche Gruppen von hundert von Personen, die die Klöster zu stürmen versuchten. Als erstes wurde das Jesuitenkolleg ein Raub der Flammen, dann wurden zwei Klöster im Arbeiterviertel Triana in Brand gesteckt; sodann überfiel die Menge die St. Josefs-Kapelle im Zentrum der Stadt, eines der hervorragendsten Baudenkmäler des 18. Jahrhunderts, das seinerzeit als Nationalmonument erklärt worden war. Die St. Josefs-Kapelle ging vollkommen in Flammen auf. Ebenso wurde das Kloster Buen Suceso ein Raub der Flammen. Die Menge warf Heiligenbilder und Gegenstände religiöser Verehrung in die Flammen. Um 10 Uhr vormittags wurde der Belagerungszustand erklärt. Mönche und Nonnen haben die Klöster verlassen und Zuflucht in der Stadt gesucht. Die Tumulte haben die Bevölkerung außerordentlich erregt.

Moskau beglückwünscht die spanischen Kommunisten.

Moskau (über Kowno), 12. Mai. Die Vertretung der spanischen Sektion der Komintern hat an das Zentralkomitee der spanischen Kommunistischen Partei ein Telegramm geschickt, in dem den spanischen Kommunisten die Glückwünsche zum ersten Erfolg ausgesprochen werden. Das Telegramm sagt, daß die Arbeiter mit der Waffe in der Hand sich den Sieg erringen müßten. Die Armee Spaniens müßte in die Hand der Arbeiter gebracht werden.

Ein Vertreter der spanischen Kommunistischen Partei wird im Rundfunk der Gewerkschaften eine Rede in spani-